

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

111 (13.5.1899) Parlaments-Ausgabe



Angabe:  
Wöchentl. zwölf Mal.  
Abonnementspreis:  
Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch  
eine Agentur bezogen:  
2 Mark 50 Pf., in  
das Haus gebracht:  
2 Mark 80 Pf., durch  
die Post ohne Zustell-  
gebühr 2 Mark 50 Pf.  
Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Angelagte:  
Die 12seitige Kolo-  
nizelle oder deren  
Raum für 10 Pf. für  
Inserate 15 Pf., für  
auswärtige In-  
serate 20 Pf., im  
Reklameteil 60 Pf.  
Bei größeren Auf-  
trägen entsprechenden  
Rabatt.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 13. Mai 1899.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 10. Mai.

Das Haus ist sehr gut besetzt.  
1 Uhr. Am Bundesratsstisch: Graf Pofadowsky u. A.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Ent-  
wurfs eines Invalidenversicherungsgesetzes.

Zur Geschäftsordnung bemerkt  
Abg. Zieger (Soz.): Ich stelle den Antrag, die Beratung des  
Invalidengesetzes von der Tagesordnung abzulehnen. Die Gründe  
für diesen Antrag sind folgende. Ich habe die Überzeugung und  
diese Überzeugung ist mir von einer großen Anzahl Abgeordneter  
bekannt worden, daß dieser umfangreiche Gesetzentwurf sich  
nicht lange genug in unseren Händen befindet, um die Möglichkeit  
zu geben, den Bericht so durchzuarbeiten, daß wir im Stande sind,  
den Zusammenhang der einzelnen Paragraphen zu kennen.  
Es erscheint daher unbedingt notwendig, daß uns noch längere  
Zeit gelassen wird, um für die zweite Beratung besser vorzubereiten.  
Das Haus ist ja jetzt ersichtlich sehr stark besetzt, aber all-  
die Herren, die die Nachtreise nicht gemacht haben, werden mir die  
Frage nicht über nehmen, ob sie wirklich in der Zwischenzeit den  
Bericht so studiert haben, um erfolgreich in die Beratung einzu-  
treten. (Seitens der Rechten) Die Fertigstellung des Berichtes ist außer-  
dem mit solcher Hast erfolgt, daß der Bericht von  
Fehlern nicht frei ist. Der Herr Präsident wollte  
die Beratung heute davon abhängig machen, daß der Bericht schon  
am Sonnabend verhandelt wurde. Dies ist aber nicht geschehen,  
theilweise haben die Mitglieder den Bericht und die Zusammen-  
fassung der Paragraphen erst gestern erhalten. Das Gesetz enthält  
aber eine große Zahl von einschneidenden Bestimmungen. Die be-  
theiligten Körperkassen, die Versicherungsanstalten u. s. w., wissen  
auch noch nicht genau, worum es sich handelt, da müssen wir auch  
ihnen die Möglichkeit gewähren, das Gesetz genauer kennen zu  
lernen. Wenn das Haus auch jetzt stark besetzt ist, so  
bin ich doch skeptisch genug, daran zu zweifeln, daß das Haus auch  
in den nächsten Tagen noch beschlußfähig ist. Uns liegt daran,  
daß das Gesetz in seinen entscheidenden Punkten von einem be-  
schlußfähigen Hause zur Verabschiedung gelangt. Auch haben die  
weissen Mitglieder den Wunsch, die Woche vor Pfingsten zu Hause  
zu sein. Die Hast, mit der jetzt vorgegangen werden soll, ist  
ungerechtfertigt. Wenn den Regierungen so viel daran liegt, das  
Gesetz zu Ende zu bringen, so hätten sie den Reichstag früher  
einberufen sollen, jetzt hat der Reichstag keine Veranlassung, sich  
dem Willen der verbandelten Regierungen einfach unterzuordnen.

Präsident Graf v. Helldorf: Als Sie mir die Ehre erwiesen,  
mir den hohen Vortag zu übertragen, den ich gegenwärtig ein-  
nehme, da habe ich es als eine meiner vornehmsten Pflichten be-  
trachtet, die Arbeiten des Reichstags zu fördern, und diese Pflicht  
hat mich jetzt allein veranlaßt, schon möglichst bald, in der nach der  
Geschäftsordnung zulässigen kürzesten Frist die Beratung dieses  
wichtigen Gesetzes, das uns vorgelegt ist, vorzunehmen. Wenn  
der Abg. Zieger meint, daß ich zu sehr dem Willen und dem Wunsch  
der verbandelten Regierungen folgte, so ist das ein Irrthum (Hört, hört!).  
Ich lege allerdings hohen Werth darauf, wie es ja auch meine  
Pflicht ist, in Verbindung mit den verbandelten Regierungen und dem  
Bundesrat zu halten, aber wenn ich zu der Überzeugung kommen  
solte, daß die verbandelten Regierungen etwas nicht Erprobliches  
anstreben, so würde ich ihnen auch ebenso gut entgegenzutreten  
(Seitens der Rechten) Ich bitte Sie daher, den Antrag Singer nicht  
anzunehmen, sondern jetzt schon in die zweite Beratung des Ent-  
wurfs einzutreten. (Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Str.): Meine politischen Freunde werden  
bereit sein, den Worten des Herrn Präsidenten zu folgen. Die  
Frage, die der Abg. Singer an die Herren gerichtet hat, ob sie den  
Bericht auch genügend studiert hätten, mag er jedem Einzelnen vor-  
legen, diese Frage ist ein Eingriff in die persönlichen Rechte, den ich  
energisch zurückweise. Ebenfalls weise ich die Unterstellung zurück,  
als ob wir unvorbereitet in die Beratung einträten. Wenn der  
Abg. Singer und seine Freunde ein derartiges Bekenntnis ablegen,  
so ist das ihre Sache. Wir zeigen schon durch unser zahlreiches  
Erscheinen, daß wir wohl vorbereitet sind. (Beifall im Centrum,  
Loben bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen sehr wohl, daß das  
Gesetz heute nicht verabschiedet werden kann, da wird später noch  
immer Zeit genug sein, die späteren Paragraphen zu studieren. Der  
Abg. Singer hat uns mit namentlichen Bestimmungen und Be-  
zweiflungen der Beschlußfähigkeit gedroht. Hierin liegt für uns  
eine ernste Mahnung, durch möglichst zahlreiches Erscheinen zu  
zeigen, daß der Abg. Singer sich genau ebenso verrechnet  
hat, wie er sich mit seiner gestrigen Ankündigung  
verrechnet hat. Ich meine daher, wir sollten dem Präsidenten  
dankebar sein, wenn er sein Augenmerk darauf richtet, die Arbeiten  
des Hauses so schnell als möglich zu fördern. Wir hätten freilich  
auch gewünscht, daß der Reichstag früher zusammenberufen wäre,  
aber wir müssen als pflichttreue Männer mit den gegebenen Ver-  
hältnissen rechnen und werden deshalb den Antrag Singer ablehnen.  
(Beifall.)

Abg. Molkenbühr (Soz.): In dem Kommissionsbericht sind  
eine große Anzahl von Unklarheiten stehen geblieben, die, wenn sie  
in das Gesetz aufgenommen würden, zu den größten Widersprüchen  
führen würden. So wurde uns mitgeteilt, daß zwei Mit-  
glieder der Kommission, die Abgeordneten Brandt und Jakobskötter,  
aus der Kommission ausgeschieden sind, trotzdem aber steht auf  
Seite 25, daß ein Antrag Hize mit 7 gegen 7 Stimmen abge-  
lehnt worden ist, unter den ablehnenden Mitgliedern  
befand sich aber auch der Abgeordnete Brandt, der Antrag  
Hize ist also eigentlich angenommen. (Hört! hört!) Ferner  
ist in den §§ 3 und 9 auf Theile früherer Paragraphen  
Bezug genommen, die gestrichen worden sind. (Hört! hört!)  
Wenn aber solche Fehler in das Gesetz aufgenommen werden, so  
wird die Rechtsprechung darunter leiden, ein warnendes Beispiel  
haben wir an der Gewerbeordnung. Ich mache den Herren, die  
den Bericht fertig gestellt haben, keinen Vorwurf, es ist eben in  
der Kommission mit solcher Eile gearbeitet worden, daß es un-  
möglich war, es besser zu machen.

Abg. Schmidt-Gerber (Frei. Vp.): Der Abstimmung, von  
der der Abg. Molkenbühr sprach, hat nicht der Abg. Brandt be-  
zweifelt, sondern der Abg. Kramer, es ist also alles richtig verlaufen.  
Bei den übrigen Punkten, die der Abg. Molkenbühr anführte, handelte  
es sich nur um Druckfehler, an denen die Druckerei Schuld trägt. Es wird  
jedoch ein Antrag ausgehen, in dem diese Druckfehler berichtigt  
werden. Als Vorsitzender der Kommission muß ich aus Ent-  
scheidungsbedenken bestreiten, daß in der Kommission mit so großer  
Hast gearbeitet worden ist. Es ist nicht ein einziges  
Mal ein Schlussantrag gestellt, noch viel weniger ist  
einer angenommen worden. Ich bestreite auch, daß der Bericht mit  
zu großer Hast fertig gestellt ist, keine einzige Forderung eines Mit-  
gliedes bezüglich des Berichtes ist zurückgewiesen worden, gerade die  
Sozialdemokraten haben in der letzten Zeit noch bogenlange Mit-  
theilungen gemacht, die alle noch in den Bericht aufgenommen  
worden. Die Kommission hat überhaupt aus Grundsätzliche ge-  
arbeitet, eine gründlichere Vorberatung ist überhaupt nicht möglich.  
Abg. Waffermann (Nl.): Der Präsident der Kommission hat  
schon die Mittheilungen des Abg. Molkenbühr richtig gestellt und

nachgewiesen, daß von einer Uebereilung der Kommissionsarbeiten  
nicht die Rede sein könne. Namens meiner politischen Freunde kann  
ich mich daher den Bemerkungen des Abg. Dr. Lieber  
anschließen. Auch wir wünschen, daß der Reichstag früher  
berufen wird, und daß uns der Berichtsstoff möglichst  
in der ersten Zeit zugeht und nicht erst, wie es diesmal geschehen  
ist, im März. Im Uebrigen lehnen meine politischen Freunde den  
Antrag Singer auf Aufhebung der heutigen Beratung ab. Der  
Präsident hat schon am Freitag die heutige Beratung angekündigt,  
damals wäre es Zeit gewesen, Widerspruch dagegen zu erheben,  
aber das hat keiner gethan. Der Bericht ist so früh vertheilt  
worden, daß Zeit zum genügenden Studium vorhanden war. Der  
Abg. Singer vermischt die Gewähr dafür, daß der Reichstag in den  
nächsten Tagen beschlußfähig ist, aber diese Gewähr hat er auch  
nicht, wenn die Beratung bis nach Pfingsten verlagert wird.  
(Beifall.)

Abg. v. Levetzow (Konf.): Meine Freunde sind ebenfalls  
gegen den Antrag Singer, da sie lieber zwei Tage vor Pfingsten  
als einen Tag nach Pfingsten arbeiten und nicht bis in den Hoch-  
sommer hinein hier bleiben wollen. Wenn die Beratungen sich  
jetzt so lange hinziehen, so kommt dies nur daher, weil jetzt im  
Gegensatz zu früher so oft ungewöhnlich lange Reden gehalten  
werden. (Seitens der Rechten.)

Abg. Dr. Müller (Soz.): Namens der über-  
wiegenden Mehrzahl meiner Freunde gebe ich die Erklärung ab,  
daß wir zwar gern bereit sind, an der Verbesserung des Invaliden-  
gesetzes mitzuwirken, daß wir aber wünschen müssen, daß die zweite  
Beratung heute nicht stattfindet. Wir haben uns mit dem Er-  
gebnis der Kommissionsberatung noch nicht genügend vertraut ge-  
macht, da der Kommissionsbericht sich erst wenige Tage in unseren  
Händen befindet.

Abg. Singer: Herr von Levetzow hat, als er von den un-  
gewöhnlich langen Reden sprach, gewiß an seine agrarischen Freunde  
gedacht. Der Präsident hat mich mißverstanden. Als ich von der  
Nachlässigkeit gegenüber der Regierung sprach, da zielte diese Be-  
merkung nach einer ganz anderen Stelle, wie nach dem Präsidenten.  
Der Abg. Lieber sagt, seine Freunde seien genügend informiert,  
aber wenn man die Mitglieder des Centrums einem examen  
rigorosum unterwerfen wollte, so würde das Prädikat wahrschein-  
lich lauten: Mäßigen Anspruchs kaum genügend. (Seitens der Rechten.) Ich  
wiederhole: wir wollen das Zustandekommen des Gesetzes nicht  
verhüten, werden aber auch bei minder wichtigen Paragraphen es  
zu verhüten wissen, daß sie von einem leeren Hause angenommen  
werden.

Abg. Molkenbühr tritt nochmals für den Antrag Singer ein.  
Ein so wichtiges Gesetz wie das Invalidengesetz dürfte nicht in  
Zerstückelung verabschiedet werden. Wie ungenau der Kom-  
missionsbericht hergestellt ist, zeige schon die Thatfache, daß er nur  
von 27 und nicht 28 Mitgliedern unterzeichnet wäre. Die Beratung  
dürfte nicht überhastet werden, wenn es auch nur ein Gesetz für arme  
Leute sei. (Beifall der Rechten.)

Präsident Graf v. Helldorf: Im deutschen Reichstag werden  
die Gesetze nicht danach behandelt, ob sie für arme oder für reiche  
Leute bestimmt sind. Der Reichstag ist mit dem gleichen Eifer für  
alle Klassen der Bevölkerung thätig. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Gerber (Frei. Vp.): Ich erlaube mir, daß nur 27 Mit-  
glieder den Bericht unterzeichnet haben, erklärt sich einfach aus der  
Thatfache, daß der Abg. Schlinger, der Mitglied der Kommission  
war, sein Mandat kürzlich niedergelegt hat.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Meine politischen  
Freunde sind gegen den Antrag Singer. Bei den Handelsverträgen  
und bei dem bürgerlichen Gesetzbuch hat man nichts von der  
Gründlichkeit der Sozialdemokraten gemerkt. Bei dem Antrag  
Singer scheinen mir mehr politische als geschäftsordnungsmäßige  
Dinge mitzuspielen.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Lieber  
und des Berichterstatters  
Hoffmann-Dillenburg (Nl.) schließt die Geschäftsordnungs-  
debatte.

Der Antrag Singer auf Aufhebung des Invalidengesetzes  
von der Tagesordnung wird mit großer Majorität abgelehnt.  
Nur die Sozialdemokraten und die freisinnige Volkspartei, mit  
Ausnahme des Abg. Schmidt-Gerber, stimmen für den Antrag.  
Es beginnt sodann die Beratung über § 1 der Vorlage.

Derselbe handelt von der Versicherungspflicht in privater  
Beziehung. Die Kommission hat auch die Wermeister und Techniker  
in die Versicherung einbezogen, sowie Lehrer, Erzieher und Schiffs-  
fahrer.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, die Haus-  
industrie in § 1 einer obligatorischen Versicherungspflicht zu unter-  
werfen, für welche nach § 2 der Vorlage nur eine fakultative Ver-  
sicherungspflicht auf Bestimmung des Bundesrats vorgesehene ist.

Abg. Stadthagen (Soz.) begründet die meisten Abge-  
ordneten den Saal verlassen, den Antrag unter Hinweis auf die  
Unbedeutung und die Wichtigkeit der Hausindustrie. Auch die Haus-  
gewerbetreibenden müßten als Arbeiter angesehen werden und dem-  
zufolge dieselben Rechte und Pflichten erhalten.

Eine weitere Debatte findet nicht statt. Das Haus fällt sich  
wieder.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ist eine  
namentliche.  
Es stimmen in derselben 219 Abgeordnete, von denen 39 für  
und 180 gegen den Antrag sind.

Der Antrag ist also abgelehnt.  
§ 1 wird unverändert angenommen.  
§ 2 (Ausdehnung der Versicherung durch Bundesratsbeschuß  
auch auf andere Berufe, als § 1 angeht), wird ohne Debatte  
angenommen, ebenso § 3, der festsetzt, was unter Lohn zu ver-  
stehen ist.

§ 3a überläßt dem Bundesrat die Bestimmung darüber, ob  
ausländische Arbeiter von der Versicherungspflicht befreit sind.  
Sodern eine solche Bestimmung getroffen wird, ist nach dem Kom-  
missionsbeschuß der Arbeitgeber demnach verpflichtet, an die Ver-  
sicherungskasse denjenigen Betrag zu zahlen, den er bezahlen  
müßte, wenn der ausländische Arbeiter versicherungspflichtig wäre.

Abg. Molkenbühr (Soz.) beantragt den § 3a ganz zu streichen,  
eventl. anstatt „denjenigen“ Betrag, den „doppelten“ Betrag zu  
zahlen. Redner fährt aus: Es ist notwendig, den Betrag zu er-  
höhen, da man sonst für die Agrarier eine Brücke auf die Ver-  
sicherung ausländischer Arbeiter legen würde. Man müßte der  
agrarischen Begehrlichkeit entgegenzutreten.

Abg. von Löbell (Konf.): Ich bitte Sie, die beiden sozial-  
demokratischen Anträge abzulehnen. Es zeigt von einer vollständigen  
Verkenntnis der Verhältnisse, wenn man es so drückt, als ob die  
Beschäftigung ausländischer Arbeiter ein Verbrechen wäre. Das  
ist nicht der Fall. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter  
ist durch den Abgang der einheimischen eine Nothwendigkeit  
geworden, die Landwirthe befinden sich in einer  
Nothlage und geborchen der Noth, nicht dem eignen Liebe. Wer  
diese Noth leugnet ist blind. Daß ausländische Arbeiter, die doch  
nie eine Brücke erhalten, versicherungspflichtig waren, war ein Durch-  
brechen des ganzen Gesetzes, deshalb ist die jetzige Bestimmung, die  
den Bundesrat die Entscheidung überläßt, durchaus am Platze.  
Von agrarischer Begehrlichkeit ist hier gar keine Rede, es liegt kein  
Anlaß vor, die Arbeitgeber noch besonders zu belasten.

Abg. Molkenbühr fährt aus, daß er den Antrag nur im  
Interesse der östlichen Versicherungsanstalten gestellt habe. Die  
Ausführungen des Redners über die ausländischen Arbeiter  
sind im Widerspruch mit der Thatfache, daß die Nachfrage nach  
russischen und polnischen Arbeitern immer steigt, selbst die öst-  
preussische Landwirtschaftskammer erläßt Bekanntmachungen nach  
solchen Arbeitern. Wenn im Osten wirklich eine Arbeiterkräftemangel  
besteht, so sind die Herren selbst daran Schuld. (Widerpruch rechts.)  
Wenn sie ihre Arbeiter besser behandeln und begabten, würden  
sie nicht auswandern.

Abg. von Löbell erwidert, daß die östpreussische Landwirt-  
schaftskammer diese Bekanntmachungen nur erlassen habe, weil keine  
andere Arbeiter zu haben wären. Redner bittet nochmals,  
die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen, man dürfe dem Arbeitgeber  
keine Strafe für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter auferlegen.  
Abg. Dr. von Jandzowski (Voz): Es ist nicht richtig, daß  
die Arbeiter des Ostens nur aus Noth auswandern. Die Leute,  
die von dort fortziehen, thun dies nur, weil sie im Westen zu hohe  
Löhne bekommen, die im Osten gar nicht gezahlt werden können.  
Wir kennen uns, die Arbeiter im Osten zu behalten, aber  
oft ohne Erfolg, selbst gut bezahlte Arbeiter gehen fort aus Grund  
von Vorbeziehung ungeheurer Löhne. Heute thut im Osten schon  
jeder Arbeitgeber für seine Leute, was er kann, aber die Leute wer-  
den verlost.

Zwischen ist ein Antrag Szmulka (Centr.)-Klose (Centr.)  
eingegangen, wonach die Leute, die im Zulaube wohnen, aber im  
Auslande beschäftigt werden, gehalten sein sollten, sich selbst zu  
versichern.

Abg. Stadthagen: Wenn Sie die Arbeiter im Osten behalten  
wollen, müssen Sie ihnen bessere Lebensverhältnisse schaffen. Be-  
zahlen Sie sie doch so gut, wie im Westen. Für 50 Pfennige per  
Tag bleibt natürlich keiner. (Widerpruch rechts.) Sie wollen die  
ausländischen Arbeiter nur, um die Armenlasten zu verringern. (Stür-  
mischer Widerspruch rechts.) Da hört doch Alles dabei auf! (Schrei  
rechts.) Schlechter als das Vieh werden die Arbeiter im Osten  
behandelt. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Ausländer werden  
geholt und wieder abgeschoben, sobald sie genug aus-  
gebeutet und arbeitsunfähig geworden sind. Das können  
Sie bei inländischen nicht, und deshalb wollen Sie die  
ausländischen Arbeiter. Es wäre eine Schande, wenn Sie die  
ausländische Schmutzkonzurrenz auch noch durch Gesetzbestimmungen  
begünstigen wollten.

Präsident Graf v. Helldorf: Wenn die Anrede Sie auf Mit-  
glieder des Hauses gemüthet sein sollte — —  
Abg. Stadthagen (fortfahrend): Nein. Ich hoffe daher, daß  
der Reichstag die ausländische Schmutzkonzurrenz nicht begünstigen  
und unsern Antrag annehmen wird. Wie es jetzt geschieht,  
so jagen Sie die eigenen Leute zum Lande hinaus  
und holen die Polen und Russen hinein (Lärm  
und Lachen rechts.) Die Bestimmungen, wie sie die Kommission ge-  
troffen hat, begünstigen nur die Großgrundbesitzer. Wenn Sie  
solche Bestimmungen in das Gesetz aufnehmen, werden Sie eine  
große Erbitterung in der deutschen Arbeiterenschaft hervorrufen,  
um so mehr, als das Centrum in der ersten Sitzung der Kom-  
mission gegen diese Bestimmungen gestimmt hat. Ich bitte  
Sie deshalb, lehnen Sie diese, der Gerechtigkeit und des Lichts  
schlagende Bestimmungen ab. Schützen Sie die deutschen Arbeiter  
vor der Schmutzkonzurrenz polnischer Arbeiter und sonstiger Kulis!  
(Beifall bei den Soz. Richten rechts.)

Staatssekretär Dr. Graf von Pofadowsky: Die Aeußerungen  
des Redners waren etwas vielseitig. (Seitens der Rechten) Ueberraschend  
ist es mir, von einem Mitgliede der sozialdemokratischen Partei, die  
auf allen Gebieten internationale Beziehungen pflegen will  
(Lärm bei den Sozialdemokraten), die eine internationale  
Brüderchaft ansieht, zu hören, daß er die Arbeiter anderer Län-  
der so behandelt. Vor Allem hat es mich überrascht, daß der Abg. Stad-  
hagen preussische Staatsbürger polnischer Nationalität in eine Reihe  
stellt mit Kulis. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir  
nicht verständlich, warum Abg. Stadthagen gegen § 3a ist.  
Durch die Bestimmungen dieses Paragraphen will man doch ver-  
hindern, daß auch nur der Anschein erwirkt werde, als ob die Arbeit-  
geber von der Beschäftigung ausländischer Arbeiter irgend einen  
Vorteil haben, und man legt darin doch fest, daß die  
ausländischen Arbeiter von der Versicherungspflicht frei ge-  
lassen werden, weil sie doch nie in der Lage sein werden,  
eine Rente zu bekommen. Was die Arbeiterlöhne anlangt,  
so werden im Westen höhere Löhne gezahlt, weil die wirtschaftlichen  
Verhältnisse dort die Arbeitgeber in den Stand setzen, höhere  
Löhne zu bezahlen, da sie ihre Produkte besser und zu höheren  
Preisen absetzen, als die Grundbesitzer im Osten es können, wie denn  
überhaupt die Erwerbsgelegenheit im Westen besser ist, als im O.  
Im Uebrigen kann ich nur sagen, ich würde mich sehr freuen, wenn  
Abg. Stadthagen und seine Partei dazu die Hand böten, auch die  
Erwerbsverhältnisse der Landwirtschaft im Osten zu verbessern.  
Ich werde ihn an seine letzte Rede später erinnern, und er wird  
reichlich Gelegenheit haben, mit mir zusammen für die Verbesserung  
der landwirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse im Osten zu wirken.  
(Beifall rechts.)

Abg. Szmulka zieht seinen Antrag hierauf zurück und behält  
sich vor, ihn bei einem späteren Paragraphen wieder einzubringen.  
Abg. von Staudy (Konf.): Ich habe nur das Wort ergriffen,  
um die Behauptung zu widerlegen, daß im Osten die Arbeiter  
mishandelt und Löhne von 50 Pf. u. s. w. gezahlt würden.  
Ich kenne den Osten seit meiner Jugend, die Abgg.  
Molkenbühr und Stadthagen sind nie dagewesen. Die  
Verhältnisse im Osten liegen ganz anders, als sie sagen.  
Es ist eine Verkenntnis der Thatfachen, wenn man sagt, daß die  
Arbeiter im Osten sich schlechter fänden als im Westen. Bei der  
Naturallöhne und den billigen Verhältnissen stehen sich die öst-  
lichen Arbeiter besser als die Arbeiter in den großen Städten und  
in vielen westlichen Industriebezirken. Täglich kommt es vor, daß  
Arbeiter aus dem Westen herkommen und verarmt wieder nach  
dem Osten kommen. Im Osten bekommen die Arbeiter  
freie Kartoffeln, freie Milch und sind ganz vorzüglich  
gestellt. Auch das Verhältnis zu dem Arbeitgeber ist jetzt sehr gut.  
Die Städte sind nicht entleert im Grunde, was zu thun, wenn  
vielleicht zu gut stehen sich die Arbeiter auf dem Lande. Gehen Sie  
(zu den Sozialdemokraten) nach dem Osten und orientieren Sie sich!  
Dann werden Sie mir recht geben. Die Landwirtschaft ist nicht  
durch die Gesetzgebung benachtheiligt, das steht man auch an diesem  
Gesetz, die Landwirtschaft ist dadurch so schlecht gestellt, daß die  
östpreussische Anstalt nicht bestehen kann.

Abg. Dr. von Jandzowski polemisiert gegen den Abg. Stad-  
hagen wegen dessen Aeußerung „Schmutzkonzurrenz“, dadurch hätte  
der Abg. Stadthagen die Arbeiter selbst mit Schmutz beunruhigt.  
Er müßte auch dagegen protestieren, daß der Abg. Stadthagen  
die polnischen Arbeiter mit den indischen Kulis verglichen  
habe. Dies sei eine Beleidigung der polnischen Arbeiter, der sich  
die sozialdemokratische Fraktion offensichtlich nicht anschließen wird.  
Wenn die Arbeiter im Westen auch Erparnisse machen, so geschähe  
dies nur auf Kosten ihrer Gesundheit. Solche Reden, wie die  
Sozialdemokraten sie hier hielten, streifen wohl an eine Verleugung  
der Ordnung des Hauses.

Präsident von Helldorf: Die Ordnung des Hauses nehme  
ich wahr.  
Abg. Molkenbühr: Der Ausdruck Schmutzkonzurrenz ist nur  
gebraucht, weil durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter die



